

07.02.2013 - 20:50 Uhr

Draghis Warnschuss, Kommentar zur EZB von Georg Blaha

Frankfurt (ots) -

Die verbale Intervention hat es in sich gehabt: Um gute 2 US-Cent auf 1,3369 Dollar rauschte der Euro nach der Pressekonferenz der Europäischen Zentralbank (EZB) nach unten. Notenbankchef Mario Draghi brach mit der vermeintlich noblen Tradition seiner Institution, Wechselkursentwicklungen nicht zu kommentieren. Ausdrücklich äußerte sich Europas oberster Währungshüter zu den Risiken des starken Euro: "Der Wechselkurs ist kein geldpolitisches Ziel, aber wichtig für Wachstum und Preisstabilität." Sicherlich ist ein Teil der aktuellen Euro-Stärke auf das wiedererlangte Vertrauen in die Währungsunion zurückzuführen und hat mit Kapitalrückflüssen nach Euroland eine fundamentale Basis. Aber eben nur zum Teil. Der Rest geht auf die internationale Gemengelage zurück. Japan verfolgt mit den "Abenomics", wie der geldpolitische Kurs von Premier Shinzo Abe genannt wird, eine höchst aktive Schwächung seiner Währung, mit willkommenen Effekten für die Exportindustrie. Die USA sind über den berühmten "benign neglect" (übersetzt etwa: wohlwollende Nachlässigkeit) mit einem schwachen Dollar zufrieden, und China hält, obschon Wirtschaftsgroßmacht, den Yuan ohnehin an der kurzen Leine. Nur die Eurozone hatte bislang nichts unternommen, um ihre Währung auf wettbewerbsverträglichen Niveaus zu halten. "Der Euro wird in solch einem Umfeld nach oben gequetscht", fasste es ein Währungsstrategie zusammen, der hierbei Parallelen zum Euro-Höhenflug 2007 sah. In dieser Lage als Zentralbank nichts zu unternehmen, wäre zwar mit Blick auf die internationalen Vereinbarungen zur Währungspolitik höchst vornehm, aber auch grenzenlos naiv gewesen. Mit Draghis Intervention wissen Marktteilnehmer, dass sie nicht mehr risikolos auf einen steigenden Euro setzen können. Auch im Tokioter Finanzdistrikt Kabutocho, wo Japans Zentralbank ihren Sitz hat, dürften seine Worte Gehör gefunden haben.

Idealerweise bleibt es bei diesem einen "Warnschuss". Doch das Risiko von ruinösen Abwertungswettläufen hat nun zugenommen. Gewinnen kann auf lange Sicht niemand, durch die erhöhte Volatilität der Wechselkurse zahlen aber alle drauf. Beim G20-Gipfel Mitte Februar dürfte die internationale Währungspolitik großen Raum einnehmen. Euroland hat bislang keine Tradition der "Devisendiplomatie" hinter geschlossenen Türen, die beispielsweise die USA und China meisterhaft beherrschen. Die Währungsunion wird gut daran tun, nun auch dort ihre Interessen zu verteidigen.

Kontakt:

Börsen-Zeitung
Redaktion

Telefon: 069--2732-0
www.boersen-zeitung.de

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100014783/100732555> abgerufen werden.